

Werk

Titel: New Villages, New Towns und Rural Development in Malaya

Autor: Kühne, D.

Ort: Berlin

Jahr: 1969

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?385984391_0100|LOG_0039

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Mitteilungen

New Villages, New Towns und Rural Development in Malaya

Das „*New Village*“ und das „*New Town*“ in Malaya sind Siedlungsphänomene, die im wesentlichen als der räumliche Niederschlag politischer Entscheidungen gelten können.

In beiden Fällen handelt es sich um Planansätze aus der Zeit des sog. Ausnahmezustands (*Emergency*), jener bürgerkriegsähnlichen Konfliktsituation, die 1948 begann, und in deren rund zwölfjährigem Verlauf die Entwicklung zur unabhängigen Federation of Malaya (Negeri Tanah Melayu: — seit dem 31. August 1957), dem staatlich-organisatorischen Kernstück der späteren Föderation Malaysia (seit 1963), durchgesetzt werden konnte. Dies geschah gegen starke Widerstände des chinesischen Bevölkerungsteils, der seine Interessen durch eine malaiische politische Führung erheblich in Frage gestellt glaubte und ein klares paritätisches Mitspracherecht beanspruchte. Die Wurzeln dieses Konflikts lassen sich bis weit in das 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Seine Ursachen liegen namentlich im ethno-kulturellen und sozio-ökonomischen Gegensatz der chinesischen zu den malaiischen Gruppierungen im Lande, einem Gegensatz, der bis zur Stunde — trotz aller Bemühungen um einen Ausgleich — unvermindert fortbesteht. Somit zielten die Projektmaßnahmen in beiden Siedlungsbereichen vor allem auf eine politische Konsolidierung des chinesischen Bevölkerungsteils durch drastische räumlich-strukturelle Eingriffe.

Im gleichen Zusammenhang, wenn auch als Erscheinung jüngeren Datums — Federal Land Development Authority (FLDA), die zuständige Planungsbehörde, wurde 1956 ins Leben gerufen —, sind die ländlichen Siedlungsprojekte zu sehen, die als „*Rural Development*“ vorangetrieben werden. Auch hier bestimmt zunächst der gleiche Grundgedanke die Maßnahmen: Ausdehnung und Verstärkung der faktischen administrativen Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten in den bisher stark vernachlässigten ländlichen Bezirken. Deutlich anders aber — wenn nicht der offiziellen Lesart, so doch der Praxis nach — sind hier die gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen: „*Rural Development*“ will vor allem die Förderung des malaiischen Bevölkerungsteils, dessen Wachstumsüberschüsse sich dem sonst raschen Urbanisationsprozeß nur schwer eingliedern lassen. Die Schwierigkeiten dort, aber zugleich auch diejenigen in der Praxis der ländlichen Siedlungsvorhaben, werden ganz wesentlich von immateriellen Kräften bestimmt, die man pauschal als „traditionale Barrieren“ bezeichnen kann, — Hemmnisse, die für den malaiischen Bevölkerungsteil in ungleich höherem Maße bestehen als für die übrigen Ethnien.

Die drei genannten und im folgenden näher erläuterten Typen moderner Plansiedlung in Malaya bieten anschauliche Beispiele für die Raumwirksamkeit ethno-kultureller und politischer Faktoren in einem Lande mit inhomogenem Bevölkerungsbild. —

New Villages — Zeugnisse ethnischen Konflikts:

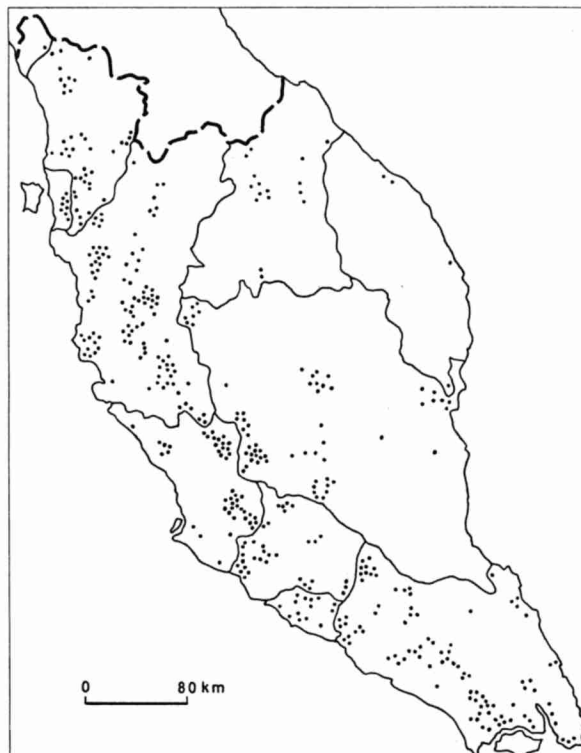
New Villages — in Malaya ein fester Begriff — entstanden während des Ausnahmezustands, der von 1948 bis 1960 andauerte. Militärisch-taktisch mögen sich im Siedlungsansatz manche Parallelen zu den „Wehrdörfern“ Süd-Vietnams herausarbeiten lassen. — soziologisch keinesfalls.

Auch in ihrer Weiterentwicklung sind sie als Beispiel für *Community Development* nur mit allen Vorbehalten brauchbar. Eher vielleicht als Katalog für Fehler, die nicht gemacht werden sollten. Ob diese Fehler vermeidbar waren, muß freilich dahingestellt bleiben. Man kann die historische Situation nicht einfach beiseite schieben, ebensowenig wie sich aus dem tatsächlichen politischen Erfolg umgekehrt ein allgemeingültiges Rezept für wiederholte Anwendung herauslesen läßt. Vielmehr sollte man zunächst ohne Urteilsfindung den strukturellen Bestimmungs-

gründen dieser durchaus besonderen Entwicklung nachgehen, die längst angelegt war, bevor der regelnde Eingriff der Administration zu retten versuchte, was zu retten war, und — einstweilen — auch rettete.

Wichtig zum Verständnis ist, daß die Zwangsumsiedlung (denn darum handelte es sich zum überwiegenden Teil) in „Konzentrationsdörfer“ (denn das waren sie ihrer politisch-taktischen Funktion nach) sich ganz überwiegend auf die chinesische Volksgruppe richtete [SANDHU 1964,

Fig. 1. Federation of Malaya — Verteilung der New Villages auf die einzelnen Bundesstaaten (Westküstenstaaten, von N nach S: Perlis, Kedah, Penang/Prov. Wellesley, Perak, Selangor, Negri Sembilan, Malacca; Ostküstenstaaten, von N nach S: Kelantan, Trengganu, Pahang; im Süden: Johore).
(n. SANDHU, 1964)



p. 165], die zu jenem Zeitpunkt rund 35% der Bevölkerung Malayas ausmachte (gegenüber knapp 50% Malaaien, gut 11% Indern und Pakistanern, und einem Rest von australoiden und protomalaiischen Alteinwohnern, Eurasiern und Europäern), — eine chinesische Minderheit also, die mit der Bevölkerung von Singapore zusammen zur stärksten ethnischen Gruppe der Halbinsel werden mußte. Ferner konnte und kann die chinesische Minorität als die mit Abstand progressivste und wirtschaftlich aktivste ethnische Gruppe des Landes angesehen werden.

Diese beiden Gesichtspunkte — der demographische und der sozio-ökonomische — stehen seit Jahrzehnten im Hintergrund aller politischen Erwägungen Malayas.

Der Hintergrund des chinesischen Problems in Malaya

Unerläßlich in diesem Zusammenhang ist die Frage der Entstehung des ethnischen Strukturbildes Malayas, v. a. der scharfen ethno-sozio-kulturellen Abschichtung seiner Bevölkerung. Hier liegt ein ungeheures infrastrukturelles Spannungsfeld vor, dessen Kräfte auch heute noch über Nacht das Staatswesen Malaysia in Stücke reißen können.

Zunächst: Wie kam es zu der großen chinesischen Wanderbewegung nach Nan Yang, also SE-Asien?

Man kann, ohne die Fakten ungebührlich zu pressen, sagen, daß die sog. „dritte“ und entscheidende Wanderwelle – die des 19. Jhts. – das Resultat der Entwicklung des Westens zur technischen Moderne ist. Koinzidierende innere Entwicklungen Chinas spielen allerdings ebenfalls eine erhebliche Rolle [CHEN 1923, pp. 4–17].

Ost-West-Kontakte gibt es seit der klassischen Antike, und zwar durch Handel, der im wesentlichen geprägt ist von der Nachfrage im Westen. Der Warenfluß bewegte sich in der Hauptsache von Ost nach West, im Austausch gegen Edelmetalle. Hingegen konnte China, Europa bis in die frühe Neuzeit kulturell in vielen Punkten überlegen, auf nahezu jede Bedarfsdeckung von außen verzichten.

Der Druck der in Europa einsetzenden Massenproduktion aber, und die Suche nach neuen Märkten, ist einer der prinzipiellen Gründe des europäischen Griiffs nach Fernost gewesen. Der Widerstand, speziell in China, gegen westliche Industrieerzeugnisse war stark, so daß der Aufbruch der Märkte z. T. mit Gewalt erfolgen mußte. Es dauerte immerhin bis zum Ende des 19. Jhts., bis der Warenfluß endgültig seine Richtung von West nach Ost änderte [FAIRBANK, REISCHAUER und CRAIG 1965, pp. 90–93 u. 344–348].

Der Einbruch westlicher Erzeugnisse in den chinesischen Markt hatte katastrophale Folgen für die einheimischen Industrien und das Wirtschaftsgleichgewicht des Landes. Doch gab es seit der Eröffnung des Suezkanals (1869) vor dieser Entwicklung kein Entrinnen mehr: Massenarbeitslosigkeit – Verarmung – Kulihandel – Überseekolonisation in Nan Yang waren die Folgeerscheinungen.

Das Einströmen chinesischer Immigranten in eine islamisch-malaiische Umwelt eröffnete keinerlei Chancen ethnischer, kultureller oder sozialer Integration: Seitens der Malaien erzeugte die Religion – der Islam – unüberwindliche Hindernisse für den Umgang mit Nicht-Moslems, – als wesentlichste, in praktischer Hinsicht, die Tabuierung von Schweinen und Hunden. Seitens der Chinesen wiederum bestand ein unauslöschliches Identitätsbewußtsein mit der eigenen Kultur, der man Außenstehende zwar integrierte, die sich ihrerseits aber nicht integrieren ließ. –

Konfliktbedingungen

Im Gegensatz zur politischen Bewußtseinsbildung beim Übersee-Chinesentum gab es in Malaya bis zum 2. Weltkrieg keinen nennenswerten malaiischen Nationalismus.

Was es freilich schon gab, war eine gewisse Abneigung und sogar Furcht vor der wirtschaftlichen Macht, die sich hauptsächlich in chinesischen Händen konzentrierte: Wenn man so will, lag hier der Nährboden für den kommenden malaiischen Nationalismus. Aber nur eine dünne prosperierende malaiische Oberschicht schickte ihre Söhne nach Kairo, Beirut und Mekka, an deren Universitäten die ersten Kontakte zum Pan-Islamismus aufgenommen wurden, zunächst ohne innerpolitische Konsequenzen.

Für die chinesische Volksgruppe hingegen brachte die Revolution von 1911 und die verstärkte Aktivität der Kuo-Min-Tang seit 1927 bemerkenswerte nationalistische Auftriebe: „Once a Chinese, always a Chinese — through the male line forever“ und „Where there are Chinese, there is China“ waren programmatische Slogans [PURCELL 1962, p. 61].

Das bedeutete offenen Konflikt mit den Erwartungen, die an die staatsbürgerliche Loyalität der Chinesen im britischen, niederländischen und thailändischen Einflußbereich, usw., hergetragen wurden. Zum Beispiel war ein in den Straits Settlements geborener Chinese ipso facto britischer Untertan, – der chinesischen Rechtsauffassung nach aber zugleich auch chinesischer Staatsbürger. Die chinesischen Konsulate in Nan Yang registrierten ohne weiteres britische Untertanen chinesischer Abstammung und versahen sie mit chinesischen Pässen. Bei allen Kontakten mit dem Mutterland wurden sie grundsätzlich als chinesische Staatsbürger behandelt. Um zu vermeiden, daß gleichsam ein imperium in imperio entstand, wurden in Malaya wie in Thailand alle Organisationen der Kuo-Min-Tang verboten, mit dem Erfolg, daß diese illegal weiteroperierten.

Während die Kuo-Min-Tang v. a. mit den „*Towkays*“, der Führungsgruppe der chinesischen Minderheit, zusammenarbeitete, konzentrierten sich die Kommunisten (*Malayan Communist Party* — MCP) — kurz nach der Gründung der KPCh (1921) als Ableger auch in Malaya — auf die Infiltration der Arbeiterschaft: zunächst ohne nennenswerten Erfolg. Im ganzen gesehen war die Kuo-Min-Tang mit ihren Bemühungen, den chinesischen Nationalismus anzukurbeln, bis zum Ausbruch des Krieges für die britische Administration weit ärgerlicher als die Kommunisten mit ihrer weltrevolutionären Konzeption.

Das war sozusagen die Ausgangslage.

Die eigentliche Dynamik kommt ins Bild mit der japanischen Invasion, die am 8. 12. 1941 begann und mit dem Fall von Singapur, am 15. 2. 1942, abgeschlossen war. Vor allen anderen waren es die Chinesen, die als Feind betrachtet wurden, und in allererster Linie die Mitglieder der MCP. Es kam zu sog. „*identification parades*“ und einer mehrtägigen Massenexekution. Diese Vorgänge hatten eine Massenflucht des chinesischen Bevölkerungsteils in die Dschungel Zentral-Malayas zur Folge. Der allgemeine Zusammenbruch der Wirtschaft und der Lebensmittelversorgung machte die zunächst spontane Fluchtbewegung zum anhaltenden Trend. — Hier liegen die Wurzeln des squatter-Problems der Nachkriegszeit, auf das noch zu kommen sein wird.

Zugleich bekamen die Kommunisten ihre Führungslegitimation für die gesamte chinesische Volksgruppe auf sehr simple Weise von der Besatzungsmacht dadurch zugespielt, daß die zur Kuo-Min-Tang tendierenden Towkays zur Kollaboration gezwungen wurden — sie hatten alles zu verlieren — und somit von den Kommunisten mit Erfolg als Verräter verteufelt werden konnten: — ausreichend, die Wiederaufnahme der Führung ernstlich in Frage zu stellen, wenn die Befreiung kam.

Bei weitem geringer war die Spannung zwischen Japanern und Malaien. Vielmehr erhoffte man sich malaiischerseits angesichts der japanisch-chinesischen Umgangsformen Vorteile gegenüber dem bisher erdrückenden chinesischen Wirtschaftseinfluß.

Die chinesische Resistenz indes entwickelte sich auf zweierlei organisatorischer Ebene, in beiden Fällen getragen von kommunistischen Organisationen:

Der allumfassenden Untergrundbewegung, deren Netz von den Städten und Dörfern in den Dschungel reichte: *Malayan People's Anti-Japanese Union* (MPAJU); und ihrem bewaffneten Arm, den Guerillas: *Malayan People's Anti-Japanese Army* (MPAJA).

Als die Briten 1945 zurückkehrten, war auch der malaiische Nationalismus auf der Szene: — „I became aware with a jolt that the Japanese occupation of SE-Asia had transformed it politically beyond recognition, and that European prestige was a thing of the past.“ [PERCELL 1962, p. 13].

Doch insbesondere die chinesischen Kommunisten waren bereit, es mit der wiederhergestellten Administration aufzunehmen. Sie organisierten eine Serie von Streiks, die britischerseits im Dezember 1945 mit der Auflösung der MPAJA (nominell dem Supreme Command alliiert) beantwortet wurden. Als am 15. 2. 1946 der 4. Jahrestag der britischen Kapitulation durch einen Generalstreik begangen werden sollte, kam es zu einer Reihe von Verhaftungen. Der Generalstreik fand nicht statt. Die kommunistische Organisation ging für die nächsten 2 Jahre in den Untergrund [JOSEY 1958, pp. 22–23].

Schon während des Krieges waren britischerseits Pläne einer stufenweisen Reorganisation der malaiischen Selbstverwaltung ausgearbeitet worden. Unter Ausschluß von Singapur, das den Status einer Kolonie beibehalten sollte, sah man die Bildung einer Malaiischen Staaten-Union mit parlamentarischer Verfassung vor und förderte in der Folge die malaiischen nationalistischen Parteien.

Das große Problem aber war die Bürgerrechtsfrage, die, wie sich herausstellte, genügend Zündstoff enthielt, um jede Planung aus Gründen der realen Kräfteverteilung zu sprengen. In der Frage der von den Briten vorgeschlagenen Ausdehnung des Bürgerrechts auf alle Bewohner Malayas, ohne Rücksicht auf Rasse, Glauben, usw., kam es zum Wiederaufleben des latenten malaiisch-chinesischen Gegensatzes, mit dem Resultat, daß die Administration, um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, durch Auferlegung bestimmter Qualifikationen für Nicht-Malayen, der malaiischen „Mehrheit“ (die durch diese Qualifikationsauflagen erst garantiert wurde) Majorität und Führung sicherte.

Genau an diesem Punkt und aus diesem Anlaß brach der Bürgerkrieg aus, der erst nach 12 Jahren durch Aufhebung des Ausnahmezustandes offiziell für beendet erklärt wurde. Die Zahl der Guerillas während dieser Zeit schwankte zwischen 3000 und 5000: 99% Chinesen. Sie operierten mit Unterstützung der Mehrheit der halben Million Squatters, die weit verstreut auf neugerodetem Land im Dschungel siedelten oder die seit dem Krieg entstandenen Elendsviertel am Rande der größeren Städte bevölkerten. Über die Squatters erfolgte die Versorgung mit Waffen und Personal. Ihnen gegenüber standen einige 10000 regulärer britischer Truppen und etwa 100000 Mann malaiischer Polizeiverbände und Home Guards.

1950 wurde nach den Vorstellungen des „Briggs-Plans“ seitens der damaligen Unionsregierung [SANDHU 1964, pp. 162—163] der Entschluß gefaßt, in einer umfassenden Aktion sämtliche Squatters auf sog. „New Villages“ zu konzentrieren. Zu diesem Zeitpunkt gab es 3 Typen illegaler, d. h. ohne behördliche Landzuteilung angelegter Squattersiedlungen:

- 1) Die Slumsiedlungen an den Stadträndern, ohne jede Planung und Organisation, mit untragbaren sanitären Verhältnissen. Die Bewohner, in der Mehrzahl Stadtproletariat, lebten mehr von Gelegenheitsarbeit als von eigenen Anbauerträgen.
- 2) Einzelsiedler auf Rodungsinself im Primärdschungel: pionierhafte Kleinbauern. Die nur einige acres großen Intensivkulturen waren nicht nur in der Lage, den Eigenbedarf der Familien voll zu decken, es konnten darüber hinaus noch Überschußerträge mit dem Fahrrad auf die städtischen Märkte gebracht werden.
- 3) Squatters auf den Gummiplantagen, also auf bereits anderweitig überschriebenem und unter Kultur genommenem Land. Sie legten ihre Rodungsinself in die Heveenkulturen, und lebten teils von eigenen Anbauerträgen, teils von dem abgezapften Latex, der ihnen nicht gehörte. In der Mehrzahl handelte es sich um Flüchtlinge aus den Städten und von den stillgelegten Zinnminen, die mehr oder weniger eine Kombination der beiden ersten Typen darstellten. Diese Gruppe orientierte sich in der Folge zunehmend auf regulären Löhnerwerb durch Plantagenarbeit und bildete somit ein hervorragendes Arbeitskräftereservoir für den kommenden Wiederaufbau des Plantagensektors.

Ländliches Squattertum — auf New Villages konzentriert

Zunächst war vorgesehen, im Zuge einer sog. „re-location“ die außerhalb der Städte Lebenden durch Massenumsiedlung auf eine Reihe von Siedlungskernen zu konzentrieren, für welche z. T. Militärgelände zur Verfügung gestellt wurde.

Re-location konnte zweierlei bedeuten:

- 1) „*Re-grouping*“: Zusammenfassung der in den Plantagen verstreut siedelnden Familien in einer befestigten Siedlung innerhalb des Plantagenbereichs. Meist handelte es sich um eine Erweiterung der bereits bestehenden Funktionskerne. — also das Heranziehen der Wohnsiedlungen an die bereits bestehenden Administrations- und Weiterverarbeitungsanlagen, Schulen, Hospitäler, usw. Betriebsstrukturell bedeutete das einen Rückschritt. Unter normalen Bedingungen wurde die Dispersion der Arbeitskräfte eher gefördert: teils um sie in unmittelbarer Nähe der Zapf-Areale zu haben, teils um die Familien mit einigen 100 qm Gartenland zur Selbstversorgung zu versehen, teils um ethnische Konflikte durch Trennung zu vermindern dort, wo ethnisch gemischte Belegschaften bestanden. Abgesehen von den Kosten der Befestigung und militärischen Abschirmung trugen die Plantagen alle finanziellen Lasten der Umsiedlung selbst: Straßenbau, Kanalisation, Wasser- und Lebensmittelversorgung, usw.
- 2) „*Re-settlement*“: Die zwangsweise Umsiedlung auf bestimmte, engumgrenzte und befestigte Bereiche auf Staatsland. Diese rein militärisch-taktische Maßnahme führte zur völligen Auslöschung der ländlichen Squatterwirtschaften und zu weitgehender (Re-)Urbanisierung der Bauern dort, wo durch Anlagerung zentraler Funktionen ein durchgreifender Wandel der Erwerbsstruktur und eine zügige Weiterentwicklung der New Villages zu Kleinstädten die Folge war.

Allein im Staate Johore (S-Malaya) entstanden etwa. 70 „*new villages*“, in denen rund 100000 Squatters konzentriert wurden. Im ganzen handelte es sich um nicht weniger als 480, mit rund 573000 Umgesiedelten [SANDHU 1964, p. 170]. Zunächst waren es reine „*shanty-towns*“ — Slums gehobener Güte: Holzbaracken wurden im Eigenbau mit von der Regierung zur Verfügung gestelltem Material in geometrischer Anordnung aufgestellt und mit Wellblech oder Aluminium abgedeckt. Aus Gründen der militärischen Absicherung lagen sie in der Hauptsache an den großen Überlandstraßen, Kreuzungs- und Gabelungspunkten, somit das Risiko bewaffneter Überfälle auf ein Minimum beschränkend, bei optimalen Möglichkeiten der Versorgung und militärischen Verstärkung [DOBBY 1953, pp. 1—8].

H. C. PETERSON sieht die Maßnahmen und ihre Resultate als Militär wohl etwas zu vordergründig und vergleichsweise problemlos: „Die Bevölkerung wurde systematisch von den Kommunisten separiert, indem alle Straßen blockiert, sämtliche Städte und Dörfer schwer bewacht, 400000 Einzelsiedler in Lager umgesiedelt wurden, die mit schweren Stacheldrahthindernissen abgeschirmt und von innen und außen überwacht wurden. Jede auf diese Weise umgesiedelte Familie bekam von der Regierung das Material zum Bau eines neuen Hauses, sowie eine Entschädigung in bar.“

Kontrollstellen und Personalausweise dienten der Überwachung der Bewegung jeder einzelnen Person. Um die Guerillas auszuhungern, wurden sämtliche Lebensmittel in versiegelten Behältern aufbewahrt und transportiert, über die strengstens Buch geführt wurde. Die Umsiedlungslager wurden von Zentralküchen versorgt.

Zugleich wurde eine Reihe von Konzessionen gemacht: Generalamnestie — Barprämien für Waffenniederlegung — Wiederaufbauprogramm, mit monatlichen „Gehältern“ für die Zeit der politischen Umschulung und Ausbildung für eine nützliche Beschäftigung. Starke psychologische Anziehungskraft übten die Fakten, daß man alle Versprechen korrekt erfüllte, wirksamen Schutz gegen Terror bieten konnte, sichere Arbeitsplätze vergab, und großzügige Regierungshilfen für Gesundheitswesen, Bildung und öffentliche Arbeiten da waren.“ [PETERSON 1962].

DOBBY sieht die Sache etwas anders:

Die Loslösung der Squatters von ihren eigenständigen Wirtschaften machte sie zu Lohnempfängern, entweder der Plantagenwirtschaft oder im Rahmen öffentlicher Arbeiten. Im ersteren Fall band man die Siedler mit ihrer Existenz an die Risiken der Weltmarktsituation für Kautschuk, im letzteren Fall bot man Arbeit auf Zeit. In beiden Fällen wurde den Neusiedlern die Instabilität wiederbeschert, der sie als Squatters zu entgehen gehofft hatten.

DOBBY nennt 4 unmittelbare Folgen:

- 1) Umkehr des bisherigen Trends zu differenzierterer Agrarproduktion, bei gleichzeitiger Erhöhung der allgemeinen Risiken einer Kautschukbaisse.
- 2) Teilweise völlige Entblößung der Squatters von jeder Existenzgrundlage dort, wo Lohnarbeit nicht verfügbar war; mit dem Ergebnis, daß die Squatters — ob sie mit den Kommunisten sympathisierten oder nicht — von Groll und Widerwillen erfüllt waren. In einem Fall — Mawai (S-Johore) — war die Entwicklung so katastrophal, daß die Regierung die Erlaubnis gab, die Siedlung zu verlassen.
- 3) Mangelnde Wasserversorgung: Das Wasserversorgungsnetz genügte i. a. zur Versorgung der Haushalte, nicht aber zur Bewässerung der (für Chinesen so entscheidend wichtigen) Gemüsegärten.
- 4) Als Hauptproblem: die öffentliche Hygiene. — Während in der Isoliertheit der Einzelsiedlungen das Hygieneproblem für Mensch und Vieh minimiert war, resultierten aus der Zusammenballung beider in den „*new villages*“ öffentliche Gefahren erster Ordnung. Namentlich Schweine, die von den Siedlern nach wie vor als wichtige Kapitalanlage betrachtet wurden, zogen Wolken von Fliegen an. Dennoch war ihr Dünger für den Gartenbau unerlässlich. Geflügelseuchen reduzierten die eng zusammengepferchten Bestände, mit dem Effekt, daß nicht nur die lokale Versorgung angespannter wurde, sondern darüber hinaus die Zufuhr zu den städtischen Märkten, wie z. B. Singapore aufhörte.

Allein in Johore sank die Gesamtanbaufläche für Intensivkulturen innerhalb eines Jahres (1951—52) um mehr als die Hälfte. Das Gesamtgewicht der nach Singapore gelieferten Gemüse-

mengen sank von 200 t/Monat auf 30 t/Monat im gleichen Zeitraum, begleitet von einem scharfen Anziehen der Lebensmittelpreise und somit der Gesamtlebenshaltungskosten in der Stadt.

Im ganzen war der Effekt der Umsiedlung der, daß Zehntausende Hektar, die von den Siedlern, einst von den großen Verkehrswegen ausgehend, unter Kultur gebracht worden waren, nunmehr im Zuge der Zurücknahme der Siedler auf wenige Ballungspunkte an den Straßen — unter Alang Alang (*Lalang*, *Imperata cylindrica*) fielen und somit endgültig verloren gingen.

Wie erwähnt, wurde die ländliche Bevölkerung, wo immer sich die *New Villages* als entwicklungsfähig erwiesen, schrittweise in eine urbane transformiert, nicht ohne unerwartete Nebenerscheinungen auch auf die programmierte Entwicklung einer „plural society“.

Das galt v. a. für die künftige Innenpolitik: — Die neuen Stadtparlamente waren chinesisch, wodurch die chinesische Volksgruppe ein politisches Gewicht erwarb, das sie in der Dispersion nie erlangt hätte.

Die indische Minderheit, schon immer agglomerativ organisiert, blieb von diesen Vorgängen im wesentlichen unbeeinflusst, gewann aber ebenfalls zunehmend an Einfluß durch die gewerkschaftliche Organisation, die nach dem Kriege verstärkt vorangetrieben wurde.

Der malaisische Bevölkerungsteil hingegen, der von den *Re-settlement*-Maßnahmen als politisch zuverlässig ausgenommen war, verblieb in seiner ländlichen Isolierung und verlor somit vergleichsweise an politischem Gewicht. Zwischen ihm und die Zentren der ebenfalls vorwiegend malaisischen Administration hatte sich räumlich und funktional ein chinesischer Sperrriegel gehoben, genügend stark, seine Interessen in den Vordergrund zu rücken.

Städtisches Squattertum — New Towns

Wesentlich günstiger nach Anlage und Konsequenzen stellten sich die öffentlichen Maßnahmen zur Stadtrandsanierung, wie sie z. B. in Kuala Lumpur durchgeführt wurden.

Die Einwohnerzahl der Stadt war zwischen 1936 und 1951 von 120 000 auf 220 000 gestiegen. Die ethnische Zusammensetzung sah nach dem Zensus von 1947 folgendermaßen aus:

Chinesen	63,5%
Indier	17,9%
Malaien	10,9%
Rest	7,7%

Das rasche Emporschnellen der Bevölkerungsziffern war in der Hauptsache kriegsbedingt (v. a. durch den Zusammenbruch des Minenwesens). Feste Wohnplätze standen naturgemäß nicht zur Verfügung. So entwickelten sich innerhalb kurzer Zeit ausgedehnte Behelfsheim- (*temporary home*-) Viertel, insgesamt etwa 10 000 mehr oder weniger provisorische Häuser, davon rd. 6 000 illegal auf Staatsland, in denen 85 000 Menschen lebten. Maßnahmen, diese Entwicklung nach der japanischen Besetzung wieder unter Kontrolle zu bekommen, waren zunächst wirkungslos, da die lokalen Behörden außerstande waren, Alternativen anzubieten. Große Flächen des Stadtbereichs waren (und sind) in Privathand, und die Eigentümer nicht zu bewegen, Land unter *boom*-Preisen abzugeben, bis auf gesetzlichem Wege Eingriffsmöglichkeiten gegeben waren.

Etwa $\frac{2}{5}$ der Bevölkerung lebten schließlich in Slums, die überdies mit unautorisierten Ansätzen neuer Industrien und Gewerbeunternehmen durchsetzt waren.

1951 wurde vom *Federal Town Planning Dept.* ein Projekt ausgearbeitet, nach welchem in Petaling Jaya, 6—7 Meilen südwestlich Kuala Lumpur, in Anlehnung an die Überlandstraße und die Bahnlinie zur Westküste (Klang und Pt. Swettenham) ein „*New Town*“ — also eine Satellitenstadt — entstehen sollte.

Dieses Projekt beanspruchte 1 200 ha Land, auf abgebauten Zinn-Alluvionen, hochwassersicher und hinreichend eben. Geplant war die Ansiedlung von 70 000 Personen in einer Reihe sog. „Nachbarschaften“, also Siedlungsblöcken, untereinander verbunden sowie verknüpft mit zentralen Funktionsbereichen für Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, Administration, Bildungswesen, Erholung, etc.

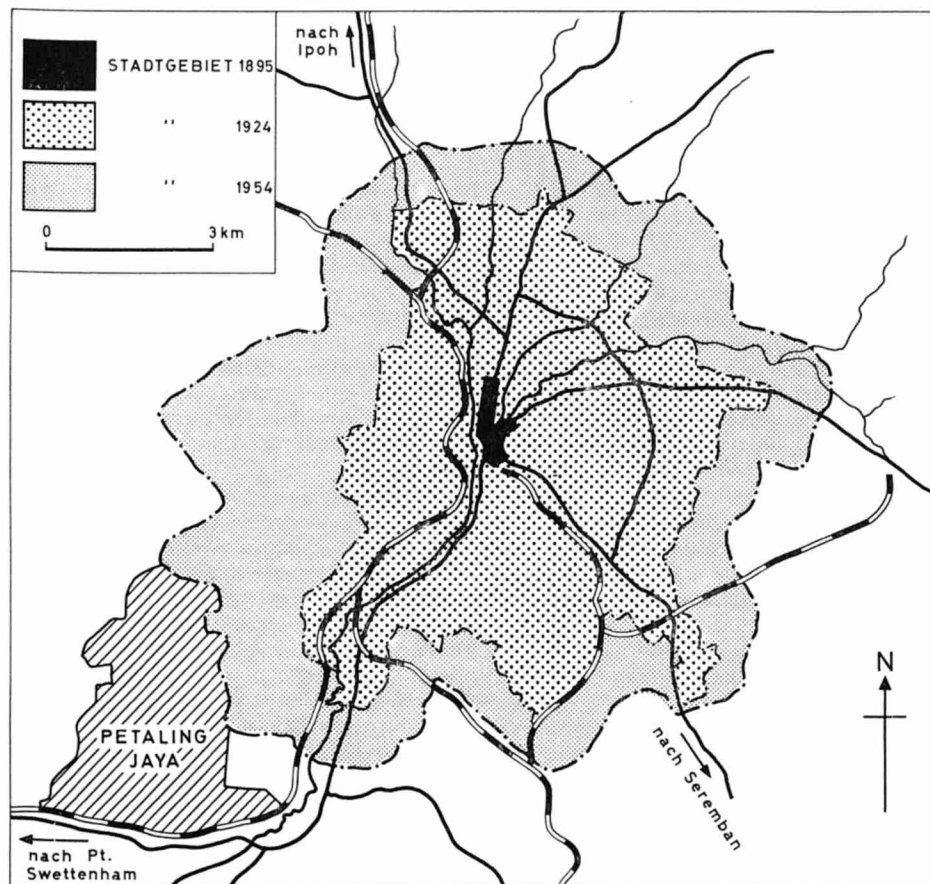


Fig. 2. Entwicklung des Stadtgebietes von Kuala Lumpur

Nachdem mit Bundesmitteln der Grunderwerb vollzogen war, wurde mit dem Bau 1953 begonnen, in der ersten Aufbauphase ebenfalls zum großen Teil durch Eigeninitiative der aus den Slums Umgesiedelten, allerdings mit teilweiser Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Hand. Nur in wenigen Fällen wurden örtliche Bauunternehmer herangezogen.

Die mittlere Hausdichte betrug 9/acre (= 0,4 ha). In der Mehrzahl handelte es sich um Bungalows oder 2geschossige Steinbauten. Die Baulandtitel lauteten auf 60 Jahre. Sie wurden gegen eine Überschreibungsgebühr von M\$ 200.— und auf der Basis einer jährlichen Pachtabgabe von M\$ 50.— erteilt. Der Objektwert der Häuser liegt im allgemeinen zwischen M\$ 3000.— und 20000.— (Kurswert vor der Sterlingabwertung 1967: M\$ 1.— = DM 1,33).

Neuere Ausbauten sind seither vor allem im Nordabschnitt des Satelliten erfolgt, bei nunmehriger Herunterstaffelung der Bodenrenten — als Anreiz für private oder auch körperschaftliche Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieunternehmen, je nach Lage und Verwendungszweck.

Ein breiter Streifen abgebauten Minenlandes im Zentrum der Stadt wurde als Erholungsraum eingeplant, die unter Wasser stehenden ehemaligen Zinngruben in Wassersport- und Badegelegenheiten, in einer im übrigen parkartigen Umgebung, umgewandelt [CONCANNON 1955, pp. 39—43].

Petaling Jaya ist heute eine voll intakte, funktionsfähige und expandierende Stadt [vgl. McGEE und McTAGGART 1967]. —

Rural Development — ein malaiisches Problem

Ein neues Bild der Entwicklungspolitik im ländlichen Sektor ist in den letzten Jahren entstanden:

Der 2. Fünfjahr-Plan des Bundes (1961—65) gab unbedingten Vorrang „dem Ausbau aller Einrichtungen und Möglichkeiten zur Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens der ländlichen Bevölkerung“ (FEDERATION OF MALAYA, SECOND FIVE-YEAR PLAN 1961—1965, p. 16). Die dafür zuständigen Organe sind:

Rural and Industrial Development Authority,

Rubber Industry (Replanting) Board, — und als Dachorganisation:

Federal Land Development Authority (FLDA).

Das Planziel ist die Ansiedlung so vieler Familien wie möglich im Rahmen staatlicher Agrarwirtschafts- und Siedlungsprojekte, zum Zwecke der Entwicklung existenzgesicherter ländlicher Gemeinschaften auf ökonomisch tragfähiger Betriebsgrundlage. Rund 9% der gesamten Fünfjahrplan-Investitionen waren zu diesem Zweck vorgesehen.

Was steckt dahinter?

Die ländliche Bevölkerung Malayas macht noch immer 70% der Gesamtbevölkerung aus. Von diesen 70% wiederum sind 80% Malaien (also 56% der Gesamtbevölkerung). Die durchschnittliche Bevölkerungszuwachsrates betrug für die malaiische Volksgruppe (1958—62) 32,7‰, eine Ziffer, die auch sehr energische Entwicklungsplanungen zu überspielen droht.

Nur zum geringen Teil wird dieser Prozeß durch Migrationsbewegungen in die urbanen Bereiche aufgefangen, in denen rund 10% der malaiischen Bevölkerung fast ausschließlich in den unteren Berufsgruppen leben. Ein sozialer und wirtschaftlicher Aufstieg wird weitgehend durch die übermächtigen chinesischen Interessen verhindert.

Zwar wird die ländliche Arbeitslosigkeit (60% der Gesamtziffer) von manchen optimistisch gestimmten Kritikern als Voraussetzung möglicher Kapitalbildungsprojekte begutachtet, — doch stehen solche Gesichtspunkte kollektiver Mobilisierung brachliegender ländlicher Arbeitskraft im Widerspruch zur staatlichen Wirtschaftsplanung.

Bedeutsam ist ferner der niedrige sozio-ökonomische Standard, gekennzeichnet durch:

Dürftige Bildungseinrichtungen;

Hohe Kindersterblichkeit;

Schlechte Ernährungslage;

sowie als die unverrückbarsten Merkmale:

Auffallenden Mangel an rechenhaft-sachorientierter Rationalität des Wirtschaftens, insbesondere im Hinblick auf Disposition, Kalkulation, monetäre Praxis und Profitorientierung; Auffallend geringe Organisierbarkeit, insbesondere im Hinblick auf genossenschaftliche Unternehmensbildung. (Eine Reihe von Kriterien, an denen der Gegensatz zum Chinesentum besonders deutlich hervortritt; s. hierzu insbes.: WIKKRAMATILEKE 1964, Bildtafeln.)

Hieraus resultieren eben jene scharfen ethnischen Kontraste, die mit chauvinistischer Radikalisierung beantwortet werden, — widerspiegelt namentlich im Programm der *Pan Malayan Islamic Party* (PMIP), das mit deutlich reaktionärer Tönung „Malaya den Malaien“ und ein islamisch-theokratisches Staatswesen fordert.

Die FLDA wurde 1956 eingesetzt, und ihre erklärte Aufgabe, die Ungleichgewichtigkeiten der Entwicklung im agraren und urbanen Sektor abzubauen, hatte zugleich den Charakter einer politischen Adresse an die malaiische Wählerschaft.

Gleich von Anbeginn sah sich die FLDA einer ganzen Reihe administrativ-technischer Probleme gegenüber:

- 1) Ihre Exekutivgewalt wurde eingeeengt durch die örtlichen Grundrechtskodifizierungen, nach welchen alle Rechte zur Übereignung von Land sowie die damit zusammenhängenden administrativen Befugnisse bei den einzelnen Bundesstaaten verblieben, soweit es sich nicht um Bundesgelände handelte.

- 2) Die Tatsache, daß im ganzen nur etwa 11 % der Gesamtfläche des Landes potentiell nutzbar sind, hatte zur Folge, daß in vielen Fällen die Projekte aus Mangel an verfügbarem Grund und Boden von 4000 auf 2000 acres heruntergesetzt werden mußten, obwohl klar war, daß dies Verfahren unwirtschaftlicher sein mußte.

- 3) Strukturelle Schwierigkeiten bestanden insofern, als vor 1961 die FLDA nur als Planungs- und Finanzierungsbehörde operierte. Mit dem Einrücken der Siedler erlosch ihre Kompetenz.

Hinsichtlich der Auswahl der Siedler kam es zu interadministrativen Spannungen, als die kommunalen Auswahl- und Leitstellen versuchten, ihre unerwünschten Elemente aus Städten und Dörfern in die Projekte abzuschieben. Erst mit der Zeit erwarb die FLDA größeres Mitspracherecht in den Auswahlkomitees. Von diesen wurde — i. a. mit Erfolg — versucht, ausschließlich Malaien anzusiedeln, was der offiziellen Linie der „Plural Society“-Politik widersprach. — zweifelsohne ein Wirksamwerden der PMIP-Konzeption.

Mit dieser Problematik hing auch die praktische Zersplitterung des Gesamtentwicklungsfonds zusammen, welche daraus resultierte, daß ein Teil Projekten zur Verfügung gestellt wurde, die von den einzelnen Bundesstaaten organisiert waren. Man umging damit den von der Verfassung geforderten ethnischen Proporz, an den die FLDA gebunden war.

Mittlerweile ist im Zuge der *Alliance-Party*-Politik ein Teil dieser Schwierigkeiten durch Zentralisation der Befugnisse auf das neugegründete *Ministry for Rural Development* abgebaut worden.

Wo mehr Siedlungsanträge als Planstellen vorliegen, wird nach einem Punktsystem qualifiziert und ausgewählt. Merkwürdigerweise zählen bei 10 zu erreichenden Punkten nur 5 für einen agraren Hintergrund des Antragstellers. So waren in einem Fall nur 58 % der Siedler in irgendeiner Form landwirtschaftlich erfahren. „In dieser Hinsicht“, meint Ho zurückhaltend, „scheint die Behörde mehr soziologische (!) als wirtschaftliche Zielsetzungen zu betonen.“

Namentlich in der Frühphase der Projektausbauten lagen alle Entwicklungsaufgaben bei den Siedlern selbst. Im allgemeinen bedarf es eines Zeitraums von 4 Jahren für den Einzelsiedler, um 6 acres unter Kultur zu bringen. Erschwerend wirkte in den meisten Fällen der unterdurchschnittliche Gesundheitszustand infolge Arbeitslosigkeit und schlechter Ernährung, sowie die mangelnde Erfahrung im Hinblick auf Anbautechniken, Rodung und Hausbau. Von zahlreichen Stellen wurden schwere Mißernten infolge übereilter Eingriffe oder unzureichender Kontrolle der Bodenerosion und unterbliebener Schädlingsbekämpfung gemeldet.

Im ganzen lagen die Krankheits- und Kriminalitätsziffern über dem Durchschnitt.

Aus dem Bericht des malaiischen Managers des Projektes Ayer Lamas (Kelantan): „... das Vorhaben, die Siedler zu einem Leben in Arbeitsdisziplin, Ordnung und gesundem Gemeinsinn zu führen, stellte sich als die schwierigste Aufgabe dar... die Siedler (sind) extrem arm und mit großen Familien behaftet... die Mehrzahl Analphabeten, mit tiefem Mißtrauen gegenüber jedem technischen Verfahren. Die Mehrzahl besaß keine Erfahrung im Urbarmachen von Land, vielen war der Anbau von Trockenreis etwas Neues. Physisch waren sie zu mehr als 3 Stunden intensiver Arbeit pro Tag nicht in der Lage. Nur durch strenge Anleitung, Übung und praktische Ausbildung, mit soviel Einfühlungsvermögen und Verständnis wie irgend möglich, konnten die Siedler dazu gebracht werden, sich wie normale Männer und Frauen in einer zivilisierten Gemeinschaft zu verhalten.“ [Ho 1965, p. 9.]

Außerordentlich problematisch für die weitere Entwicklung der Projekte ist die ungebrochene Kraft des malaiischen Erbrechts, aus welchem eine von Generation zu Generation zunehmende Flurzersplitterung hervorgeht, — in praxi auch dort noch, wo ausdrückliche behördliche Verbote bestehen. Versuche genossenschaftlicher Organisation sind angesichts der starken traditionellen Widerstände i. a. gar nicht erst unternommen worden.

Hos Kritik geht im ganzen dahin, daß auch durch die Entwicklungsmaßnahmen der FLDA die traditionellen Institutionen, Verhaltensformen und Wertvorstellungen der malaiischen Bevölkerung eher konserviert als abgebaut werden, mithin Formen der wirtschaftlichen und einzelbetrieblichen Organisation intakt bleiben, die nach input-output-Gesichtspunkten notorisch ineffizient sind, „... eine Fossilierung kultureller Verhaltensformen vorliegt, die eine technische Neuorientierung und Annahme moderner Entwicklungsziele verhindern.“ [Ho 1965, p. 13.]

Dreierlei scheint aus dem erörterten Gesamtzusammenhang ablesbar:

- 1) Die Beseitigung der ländlichen Squatterwirtschaften und die Formierung von „New Villages“ sind ihrer gesellschaftspolitischen Zielsetzung nach keine Entwicklungsvorhaben.
- 2) Das gleiche gilt für die Stadtrandsanierungsprojekte, wenn man unter „development“ prinzipielle Veränderungen des sozio-ökonomischen Struktur- und Verhaltensbildes in Richtung eines Anschlusses und einer Eingliederung in die moderne technizistische Gesellschaft verstehen will: Erfahrungsgemäß stellen Institutionen, Wertvorstellungen und Verhaltensmuster der chinesischen Volksgruppe einer Anpassung an die Erfordernisse der technischen Zivilisation von vornherein keine entscheidenden Hindernisse entgegen.
- 3) Das eigentliche sozio-ökonomische Anschlußproblem liegt bei der malaiischen Volksgruppe. Hier ist der eigentliche Aufgabenbereich künftiger „Community Development“-Planungen zu suchen. —

Schrifttum

- CHEN TA 1923: Chinese Migrations, with Special Reference to Labor Conditions. Bulletin of the U. S. Bureau of Labor Statistics, No. 340. Washington.
- CONCANNON, T. A. L. 1955: A New Town in Malaya, Petaling Jaya, Kuala Lumpur. *Malayan Journal of Tropical Geography* 5 (1955), pp. 39—43.
- DOBBY, E. H. G. 1953: Recent Settlement Changes in South Malaya. *Malayan Journal of Tropical Geography* 1 (1953), pp. 1—8.
- FAIRBANK, J. K., E. O. REISCHAUER and A. M. CRAIG 1965: East Asia — The Modern Transformation. Boston.
- Federation of Malaya: Second Five-Year Plan. Kuala Lumpur 1965.
- HO, R. 1965: Land Settlement Projects in Malaya: An Assessment of the Role of the Federal Land Development Authority. *Journal of Tropical Geography* 20 (1965), pp. 1—15.
- JOSEY, A. 1958: Trade Unionism in Malaya. In: Background To Malaya Series, No. 4. Singapore.
- MCGEE, T. G. and W. D. McTAGGART 1967: Petaling Jaya — A Socio-Economic Survey of a New Town in Selangor, Malaysia. Pacific Viewpoint Monograph No. 2. Wellington/N. Z.
- PETERSON, H. C. 1962: Introduction zu: GUEVARA, CHE. On Guerilla Warfare. New York. 3. Auflage.
- PURCELL, V. 1962: The Revolution in Southeast Asia. London. 2. Auflage.
- SANDHU, K. S. 1964: Emergency Resettlement in Malaya. *Journal of Tropical Geography* 18 (1964), pp. 157—183.
- WIKKRAMATILEKE, R. 1964: Variable Ethnic Attributes in Malayan Rural Land Development. *Pacific Viewpoint* 5 (1964), pp. 35—50.

DIETRICH KÜHNE (Münster)